

Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 195.

zu Nr. 268 des Hauptblattes.

1928.

Beauftragt mit der Herausgabe Regierungsrat Brause in Dresden.

Landtagsverhandlungen.

92. Sitzung.

Dienstag, den 15. November 1928.

Stellv. Präsident D. Sidmann eröffnet die Sitzung 13 Uhr 5 Minuten.

Am Regierungstisch die Minister Eisner, Dr. v. Fumetti, Dr. Kaiser und Weber sowie Regierungsvertreter.

Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1: Erste Beratung über den Antrag des Abg. Wötcher u. Gen. wegen:

- a) Streichung des § 94 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.
 - b) Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung an die Ausgesperrten in der nordwestdeutschen Eisenindustrie.
- (Drucksache Nr. 975.)

Der Antrag Nr. 975 lautet:

Die Unternehmerverbände haben mit den Mitteln des schärfsten Terrors im Ruhrgebiet eine Massenaußsperrung organisiert. Die Arbeiterchaft soll durch eine Hungerkur vollständig niedergezwungen werden. Zu diesem Zweck wird die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung an die Ausgesperrten verweigert. Nach den Meldungen vom 5. November hat der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Entscheidung gefällt, nach der die von der Massenaußsperrung in der nordwestdeutschen Eisenindustrie betroffenen Arbeiter keine Erwerbslosenunterstützung erhalten dürfen.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat bereits bei der Aussperrung in den Mitteldeutschen Stahlwerken in Riesa und Gröbzig zu Beginn dieses Jahres vom Landesarbeitsamt Sachsen die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung an die Ausgesperrten gefordert. Die neue Welle großer Wirtschaftskämpfe fordert gebieterisch den Kampf gegen das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Die sächsischen Textilbarone rüsten ebenfalls zu einem neuen Schlag gegen das Textilproletariat. Auch in diesen bevorstehenden sächsischen Textilarbeiterkämpfen muß sich die Arbeiterchaft durch die Auszahlung der ihr rechtmäßig zustehenden Erwerbslosenunterstützung vor Ausdauerung schützen.

Der Landtag wolle beschließen:

die Regierung zu beauftragen,

1. bei der Reichsregierung und dem Reichsrat zu verlangen, daß der § 94 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 gestrichen wird;
2. bei der Reichsregierung dahin gehend vorstellig zu werden, daß die Erwerbslosenunterstützung an die Ausgesperrten in der nordwestdeutschen Eisenindustrie sofort mit rückwirkender Kraft zur Auszahlung gelangt.

Abg. Nojner (Komm. — zur Begründung): Vor ungefähr 14 Tagen haben die Ruhrindustriellen über 200000 Arbeiter auf die Straße geworfen. Dieser Aussperrungsfeldzug der Ruhrindustriellen ist der Anfang des organisierten Machtkampfes der Trustbourgeoisie, der darauf hinausführt, die Arbeiter vollständig dem Willen der Kapitalistenklasse zu unterwerfen. Mit diesen Aussperrungsmaßnahmen der Ruhrindustriellen solidarisiert sich vor allen Dingen die sozialdemokratische Koalitionsregierung. Die Reichshilfe für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat bestimmt, daß die Ruhrarbeiter keine Erwerbslosenunterstützung bekommen, trotzdem sie an dem Zustande, daß sie nicht mehr arbeiten können, unschuldig sind. Die kommunistische Fraktion hat darauf den Antrag Nr. 975 eingebracht: Wir sind nicht nur gegen den § 94 des Erwerbslosenversicherungsgesetzes, sondern wir sind Gegner des Gesamtgesetzes, weil dieses Gesetz in seiner Auswirkung nur gegen die Arbeiter gerichtet ist, was sich besonders zeigen wird, wenn wir in eine größere Wirtschaftskrise hineingeraten werden. Dann werden wir erleben, daß das Unternehmertum mit Hilfe dieses Arbeitslosenversicherungsgesetzes durch den Staat die Arbeiter zugetrieben bekommt, vor allen Dingen die Arbeiter, die nach längerer Erwerbslosigkeit nicht mehr Erwerbslosenunterstützung erhalten und auf die Wohlfahrtsunterstützung angewiesen sind. Die Unternehmer werden dann, wie wir das auch im Jahre 1926 gesehen haben, bereit sein, die Betriebe zu öffnen, und werden die Bedingung stellen, daß die Arbeiter zu dem von ihnen festgesetzten Lohnsätzen arbeiten müssen, wie wir das schon im Jahre 1927 in Thüringen gesehen haben. Wir müssen feststellen, daß das Unternehmertum schon seit Jahren die Machtkämpfe, die jetzt eingeleitet werden, mit dem Kampfe in Nordwest-Deutschland vorbereitet hat, der nun mit aller Wucht gegen die Arbeiterklasse geführt wird. Dabei kommt der gesamte Staatsapparat dem Unternehmertum zu Hilfe. Die Arbeitsgerichte, von denen die Sozialdemokraten der Meinung sind, daß mit ihnen die Arbeiter ihre Rechte erkämpfen sollen, stellen sich auf die Seite der Unter-

nehmer und alle Urteile, die gefällt werden, fallen im Interesse des Unternehmertums aus.

Der Machtkampf, der jetzt in Nordwest-Deutschland vom Unternehmertum eingeleitet worden ist, gibt den Arbeitern einen kräftigen Anschauungsunterricht, wie die Arbeiter künftig bei ihren Forderungen auf höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit ihre Kämpfe vorbereiten und organisieren müssen. Das Unternehmertum fühlt sich so stark in seinem Kampfe gegen die Arbeiterklasse, weil die Gewerkschaften immer wieder zum Ausdruck bringen, daß sie für den Wirtschaftsfrieden sind und sich für eine Verständigung einsetzen, daß sie alles tun wollen, um wirtschaftliche Katastrophen zu verhindern. Tag gegen Tag nähern alle Veteuerungen der Gewerkschaftsführer, wie sie hier in der Gewerkschaftszeitung stehen, nichts. Die freien Gewerkschaften haben in einer Erklärung ausdrücklich betont, daß sie sich trotz harter Bedenken wegen der relativ geringfügigen Lohnzulage und der langen Arbeitszeit zur Annahme des Abkommens entschlossen haben, um der deutschen Wirtschaft den schweren Kampf zu ersparen, der infolge der Aussperrungsmaßnahmen der Unternehmer bei Ablehnung des Schiedsspruches auch durch die Gewerkschaften unvermeidlich geworden wäre. Das nützt das Unternehmertum aus und geht aufs Ganze. Der Reichsarbeitsminister, der Sozialdemokrat Wissell, hat in seiner Rede im Reichstag sich mehrfach in dieser Richtung ausgesprochen. Wissell will die Arbeiter schlagen, damit dann die Arbeitsgerichte zugunsten der Unternehmer die Arbeiter unterdrücken helfen können.

Aus allen diesen Dingen geht hervor, daß die Gewerkschaftsführer mit Absicht die Arbeiter dem Nachwillen der Kapitalisten unterwerfen wollen. Das ist auch der Plan des Trustkapitals, in enger Fühlung mit den Gewerkschaften die Arbeiter zu unterdrücken; denn anders wird es ihnen nicht gelingen, wenn sie nicht die notwendige Hilfe der sogenannten Arbeiterführer haben. Es nützt nichts, wenn der „Vorwärts“ darüber hinwegtäuschen sucht und der Meinung ist, daß der Kampf des Großkapitals ein Kampf gegen die Staatsmacht sei. Wie will dies ein Kampf gegen die Staatsmacht sein, da der Staat vor allen Dingen ein Apparat im Dienste des Kapitals ist, der vollständig dem Willen der Bourgeoisie Rechnung trägt! Wir müssen feststellen, daß auch die Regierung und die sozialdemokratischen Minister bereit sind, sich dem Willen der Kapitalisten vollständig zu unterwerfen. Die Brauchbarkeit im Dienste des Kapitals haben die sozialdemokratischen Minister auch in ihrer Zustimmung zum Panzerkreuzerbau gezeigt. Heute beginnt im Reichstag die Aussprache über den sozialdemokratischen Antrag gegen den Panzerkreuzerbau. Der deutschnationale Reichspräsident hat sich die reichliche Mühe gegeben, den Versuch zu machen, daß im Reichstag eine Mehrheit zur Bewilligung der Mittel zum Panzerkreuzerbau möglich wird; er hat sich mit den Deutschnationalen in Verbindung gesetzt, und die Deutschnationalen haben zugesagt, daß sie für die Mittel stimmen werden. Also der Reichspräsident will den Sozialdemokraten ihr Täuschungsmanöver so leicht wie irgend möglich machen. Aber er hat zu gleicher Zeit versucht, mit den sozialdemokratischen Ministern in Verbindung zu treten, um sie zu überreden, daß sie sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten sollen. Der Reichskanzler Müller hat sich bereits in ähnlicher Weise geäußert, weil der Reichswehrminister droht, daß er, wenn die sozialdemokratischen Minister gegen den Panzerkreuzerbau Stellung nehmen würden, von seinem Posten zurücktreten will. Hindenburg hat aber ein großes Interesse daran, die sozialdemokratischen Minister unter allen Umständen in der Regierung zu erhalten, das liegt daran, daß Hindenburg nur im Auftrage der Bourgeoisie seine Aufgabe erfüllt. Die Bourgeoisie braucht die sozialdemokratischen Minister, weil es ihr dadurch viel leichter gelingt, die Arbeiter niederzuhalten, weil es ihr so leichter möglich ist, gegen die Arbeiter vorzugehen, um so leichter die Arbeiter zu täuschen. Denn neben den S.P.D.-Ministern stehen die Gewerkschaftsführer, die unbedingt für Erhaltung des Wirtschaftsfriedens sind, und diese brauchen zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens unbedingt die Unterstützung des Ministeriums, was ihnen nicht in der Weise gelingen würde, wenn andere Minister an dieser Stelle wären, wenn sie es mit deutschnationalen Ministern zu tun hätten.

Gestern bekamen wir die Mitteilung, daß das Reichsversicherungsamt ein Urteil dahingehend gefällt hat, daß in der Streitigkeit im Streitgebiet in bezug auf die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung die Unterstützung nicht bezahlet werden darf. Wir glauben, daß es notwendig ist, daß die Arbeiter dagegen ihre Reihen organisieren, um diesem Stoß des Unternehmertums den Gegenstoß entgegenzusetzen. Das wird unbedingt notwendig sein, denn auf Grund der Vermittlungsaktionen, die die Gewerkschaftsführer antändigen, auf Grund der Tatsache, daß die Minister der Meinung sind, daß Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrechterhalten werden muß, ist doch ganz klar, daß der Machtkampf der Unternehmer ganz gewaltig gesteigert wird und die Arbeiter in die Defensive gedrängt

und unter solchen Verhältnissen aus diesem Kampfe als Unterlegene hervorgehen werden.

Wenn wir einen Antrag hier eingebracht haben, so bringen wir damit nicht zum Ausdruck, daß wir zu diesem Landtage das Vertrauen haben, als sei er bereit, diesen unseren Antrag anzunehmen. Wir sind der Meinung, daß, wenn der Landtag zu solchen Anträgen Stellung nehmen muß, dann außerparlamentarische Aktionen eingeleitet werden müssen, durch welche dieser Landtag unter Druck gestellt wird. Den Beschluß, den die Trust-Bourgeoisie erneut gefaßt hat, die Aussperrung der Arbeiter zu erweitern, ist für die Arbeiter ein verschärftes Kampfsignal, und die Arbeiter müssen jetzt mit allen Mitteln versuchen, die Kämpfe zu organisieren, nicht nur unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, sondern es ist notwendig, daß auch die unorganisierten Arbeiter in die Kampfreihen eintragniert werden, es ist notwendig, daß die Einheit aller kämpfenden Arbeiter unter allen Umständen hergestellt wird, um so eine gemeinsame Front gegen den Nachwillen der Unternehmer zu bilden, damit es dem Unternehmertum nicht gelingt, seinen Kampf zum Siege zu führen. Wir müssen feststellen, und das haben wir drüben im Erzgebirge gesehen, daß das Unternehmertum zahlen kann, wenn es nur will. Drüben im Erzgebirge entwickelt sich ein Kraftwerk, das DKB-Werk, in der nächsten Zeit wahrscheinlich zum größten Motorenwerk Deutschlands. Dort besteht ein Tarif von 64 bis 66 Pf. Der Unternehmer zahlt den Arbeitern 20 bis 25 Pf. über dem Tarif, wenn sie sich bereit erklären, ihre Zugehörigkeit zur Gewerkschaft aufzugeben. Das zeigt also, daß das Unternehmertum zahlen will und kann, die Gewerkschaftsführer aber absolut keine Lust haben, ihre Forderungen so hoch zu stellen, wie sie das Unternehmertum tatsächlich bewilligen kann. (Abg. Dobbert: Mensch, müssen Sie ahnungslos sein!) Die Folge ist, daß die Arbeiter es für gleichgültig halten (Lachen b. d. Soz.), ob sie in der Gewerkschaft sind oder nicht. Natürlich benutzt der Unternehmer diese Maßnahmen, um die Reihen der organisierten Arbeiter zu lichten (Abg. Dobbert: Und Ihr helft mit daran!), um dann um so kräftiger seine Schläge gegen die Arbeiter zu führen und dann das, was er ihnen bis jetzt mehr gezahlt hat, doppelt und dreifach wieder herauszuholen. (Abg. Kaufsch: Mit Cueter Hilfe!)

In dem Vorgehen des Unternehmertums gegen die Arbeiter liegt eine Planmäßigkeit, die die Gewerkschaftsführer nicht erkennen wollen (Lachen b. d. Soz.), aus ihrer Einstellung heraus nicht erkennen wollen, in ihrem Streben unter allen Umständen den Wirtschaftsfrieden zu wahren. Nur wenn der Wille der Arbeiter im Kampfe maßgebend ist, wenn die Arbeiter sich nicht dem Willen der Gewerkschaftsführer beugen, können die Arbeiter in ihren Wirtschaftskämpfen siegreich sein. Diesen gegenwärtigen Kampf zu organisieren, nicht nur die Einheit unter den im Kampfe stehenden Arbeitern herzustellen, sondern darüber hinaus auch die Einheit der gesamten Arbeiterklasse zu schaffen, um Unterstützungsaktionen für die kämpfenden Arbeiter einzuleiten, ist dringend notwendig. Eine Niederlage der Arbeiter würde bedeuten, daß die Offensive des Kapitals übergeleitet würde auf alle Industriezweige. Gegenwärtig befinden wir uns vor Lohnkämpfen der Textilarbeiter. Die Gewerkschaftsführer haben sich mit den Forderungen, die die Industriearbeiter in den Betrieben gestellt haben, nicht einverstanden erklärt. Sie sind der Meinung, daß 10 Pf. entgegen 20 Pf. Forderungen ausreichen und daß für die Frauen 8 Pf. genügen. Natürlich, wenn man solche Forderungen aufstellt, dann ist es sehr leicht, wenn es zu Verhandlungen kommt, eine Vereinbarung mit dem Unternehmertum zu treffen und dann den Arbeitern vorzulegen: wir wollen lieber das kleine Übel nehmen, als daß wir dann durch das rigorose Vorgehen der Kapitalisten einen Zustand schaffen, der für die Arbeiterklasse verhängnisvoll werden kann. Das sind immer die Methoden, mit denen das Unternehmertum arbeitet. Je mehr die Gewerkschaftsführer Wert darauf legen, auf friedlichem Wege alle Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern aus dem Wege zu schaffen, um so mehr ist das Industriekapital bereit, den Gewerkschaftsführern auf Grund ihrer großartigen Stellungnahme volles Lob zu spenden

Wir werden mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, den Arbeitern klar zu machen, wie sie ihre Kämpfe künftig führen müssen. Wir werden darauf hinarbeiten, den Arbeitern klar zu machen, daß sie die Kämpfe nur gestützt auf ihren Willen führen können, daß sie nicht auf dem Wege des Wirtschaftsfriedens, wie die Sozialdemokraten es anstreben, ihre Lebenslage verbessern können, sondern daß sie nur in Verbindung mit der kommunistischen Partei (Lachen b. d. Soz.) unter Bildung revolutionärer Streikleitungen in der Lage sein werden, ihre Forderungen im Kampfe durchzusetzen, so daß sie dadurch in der Lage sind, den Nachwillen der Bourgeoisie zu brechen. (Lachen b. d. Soz.) Nur so — und die ganze jüngste Vergangenheit hat gezeigt, wohin die Politik der Gewerkschaftsführer die Arbeiterklasse führt —, gestützt auf den revolutionären Willen, kann die Arbeiterklasse ihren Sieg über die Bourgeoisie erringen.

Ich beantrage, daß unser Antrag sofort in Schlußberatung genommen wird. (Beifall b. d. Komm.)

Darauf wird in die Aussprache eingetreten.

Abg. Grunpe (Soz.): Wenn das die neue politische Linie der Zählmannzentrale sein soll, die der Herr Vorsitzende hier vorgetragen hat, so brauchen wir als Sozialdemokraten keine Angst über den weiteren Aufstieg der Sozialdemokratischen Partei zu haben.

Wir als Sozialdemokratische Partei betrachten den Kampf in der Eisenindustrie, den wir jetzt im Ruhrgebiet erleben, von einer ganz anderen Seite als die Kommunisten. Wir wissen, daß die Geschichte der Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist, wir wissen, daß unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zweifellos die Klassengegensätze klarer zum Ausdruck bringt, als es in früheren Jahren der Fall gewesen ist, deshalb lagen wir auch heute, daß die großen Kämpfe, die wir in der letzten Zeit in der Textilindustrie erlebt haben und jetzt in der Eisenindustrie erleben, offen zeigen, daß die Bourgeoisie anscheinend nicht mehr fähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Bedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als Gesetz aufzuzwingen. Von dieser Weltanschauung aus betrachten wir auch den Kampf in der Eisenindustrie, ebenso die großen Kämpfe, die in der letzten Zeit in der Textilindustrie sich ausgetobt haben. Deshalb messen wir dem Kampfe in der Eisenindustrie eine viel höhere Bedeutung zu, und wir behaupten, daß der Anhänger einer anderen politischen Partei bei der Aussprache über diesen bedeutungsvollen Kampf noch von so kleinlichen Gesichtspunkten aus die Bedeutung des gegenwärtigen Kampfes in der Eisenindustrie herabzuwürdigen sucht. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachten wir den Kampf. Wenn heute die Arbeiterschaft in einem Industriegebiet, wo die Schlüsselindustrien der deutschen Wirtschaft verankert sind, Bruch an Bruch mit den Trustmagnaten ringt, so müssen wir uns darüber klar sein, daß diese Kämpfe heute noch nicht zu einer Entscheidung führen, sondern daß es nur Vorpostengefechte sind, die weitere Schlachten mit sich bringen werden. Wenn die „Deutsche Arbeiterzeitung“ in ihrer letzten Nummer vom 11. November in einem Artikel mit der Überschrift „Bis hierher und nicht weiter“ den Satz prägt: Herr Löbe hat recht, es geht uns Ganze, so ist klar zum Ausdruck gebracht, was das deutsche Unternehmertum bei diesen Kämpfen erreichen will. Ich sehe aber nicht an, zu erklären, daß allerdings dieser Kampf noch nicht ums Ganze geht, sondern dieser Kampf heißt, wie es auch mein Parteifreund Löbe in einem Artikel ausgeführt hat, eine wichtige Etappe im Kampfe um den Besitz der Produktionsmittel überhaupt dar. Die deutschen Unternehmer stehen heute auf Grund ihrer Beschlüsse im deutschen Arbeitgeberverband auf dem Standpunkt, daß sie sich vor allen Dingen über Recht und Gesetz hinwegsetzen, daß sie auf Staat und Gemeinwohl glatt pfeifen, und daß sie vor allen Dingen anscheinend auch gar nicht interessiert sind an dem weiteren Aufbau und der Gefundung der Wirtschaft; sie pfeifen heute auf den Tarifvertrag und auch auf die Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche. Das preußische Unternehmertum ist anscheinend in die Phase der Entwicklung eingetreten, mit allen möglichen Mitteln die Arbeiterklasse in Deutschland niederzuzwingen; und dazu bedarf sie allerdings der Zerstörung der gewerkschaftlichen Organisationen. Und wenn Stegerwald, der Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung, im Reichstage erklärt hat, daß die Eisenindustriellen diesen wirtschaftlichen Kampf zu einer unredlichen Zeit und an einer unredlichen Stelle angefangen haben, so beweist das, daß Stegerwald instinktiv fühlt, daß die vielen hunderttausend katholisch gesinnten Arbeiterschichten rein zwangsläufig durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Kämpfe in die Klassenfront des Proletariats hineingezwungen werden. Im Berliner Lokalanzeiger ist zu dieser Frage eine Entschlieung erschienen, die deutlich beweist, daß heute die Tatsache besteht, daß man durch diese wirtschaftlichen Kämpfe in der Eisenindustrie, durch den Kampf der Industriellen in einer der Schlüsselindustrien Deutschlands gar keinen Unterschied macht in der Auswahl der Ausgeperrten. Wenn heute die deutschnational gesinnten Arbeiterschichten zu dieser Auffassung gezwungen worden sind durch die neuen taktischen Kampfmethoden des deutschen Unternehmertums, so sagen wir als Sozialdemokraten, daß wir die Eingliederung dieser Arbeiterschichten begrüßen, daß wir aber auch gleichzeitig damit betonen, daß wir diese Entwicklung der wirtschaftlichen Kämpfe vorausgesehen haben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das entspricht unserer sozialistischen Weltanschauung und beweist wiederum, wie unsere sozialistische Weltanschauung die richtige gewesen ist. Der Kampf, der heute in der Eisenindustrie rein wirtschaftlich und in aller Brutalität von den Eisenindustriellen inszeniert worden ist, richtet sich nicht allein gegen die Arbeiterschaft, sondern richtet sich rein politisch betrachtet gegen die Sozialisten, die heute in der Reichsregierung sitzen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir allerdings in Sachsen, die wir wiederholt eine sozialistische Regierung gehabt haben, kennen die Saboteure, die in dem industriellen Unternehmertum vorhanden sind (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Soz.) wir sind an solche Vorgänge gewöhnt, und wenn heute die ganze bürgerliche Welt, wenn heute weite Schichten des bürgerlichen Mittelstandes erschreckt sind von diesen brutalen wirtschaftlichen Maßnahmen der Eisenindustriellen, so wissen wir, daß wir mit unserer Weltanschauung recht behalten haben und daß alle diese Schichten, ob gewollt oder ungewollt, zwangsläufig in diese Kampffront des Proletariats eingegliedert werden müssen. Denn was bereits vor einigen Jahren ein prominenter Führer der deutschen Industriellen erklärt hat, daß sie gegen jede sozialistische Regierung in die heftigste Oppositionshaltung sich begeben werden, das trifft heute zu für den Kampf der Eisenindustriellen gegen eine Reichsregierung, wo allerdings nicht bloß Sozialdemokraten, sondern in ihrer Mehrheit Minister sitzen, die heute noch auf dem Boden der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung stehen, und das ist das Neue an dem politischen Kampf, daß man sich heute in diesen Kreisen des Unternehmertums nicht bloß gegen eine rein sozialistische Regierung wendet, sondern sich heute schon mit dem schärfsten wirtschaftlichen Kampfmittel gegen eine Regierung wendet, wo selbst in ihrer Mehrheit Anhänger der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung sitzen.

Dazu ist allerdings noch folgendes zu bemerken. Mit diesen in Rot und Weiß getriebenen arbeitenden Schichten einschließlich ihrer Angehörigen kommt allerdings auch wieder zwangsläufig die Anstrengung auf den Mittelstand, auf den Handels- und Gewerbebestand, und wenn der demokratische Reichstagsabgeordnete Schneider in seiner Reichstagsrede erklärt hat, daß 90 Proz. des Handels- und Gewerbebestandes im Ruhrgebiet dadurch dem Ruin ihrer Geschäfte entgegengeführt werden, so beweist das wiederum die Richtigkeit der sozialistischen Auffassung, daß alle diese Mittelschichten, die wirtschaftlich abhängig sind von der Kaufkraft des arbeitenden Volkes, gewollt oder ungewollt von diesen großen Kämpfen mitgerissen werden und in politischer Beziehung Farbe bekennen müssen, ob sie diesen Zuständen mit Ruhe und Gelassenheit entgegensehen wollen. Es zeigt also das Vorgehen der Eisenindustriellen, wie ja auch bekanntlich in diesem Antrag der Kommunistischen Fraktion als Tendenz angegeben ist, daß heute das deutsche Unternehmertum eine so geringfügige Lohnerhöhung nicht bewilligen will, daß der Kampf, den es jetzt führt, nicht etwa wegen dieser paar Pfennige Lohnerhöhung geführt werde, sondern daß der Kampf der deutschen Unternehmer um viel höhere Ziele geht. Es geht darum, daß sie wieder den Herrn-in-Hause-Standpunkt in den Betrieben einführen wollen, daß sie wieder Macht und Einfluß auf den Arbeitsmarkt gewinnen wollen, daß sie die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft in erster Linie wieder düstern können. Die Herren in der Wirtschaft sehen heute auch auf dem Standpunkte, daß sie heute glauben, wieder die Macht im Staate zu bilden, und daß sie sich als die Herren im Staate glauben fühlen zu können. Deshalb sagen wir, dieser Kampf der Arbeiterschaft gegen die Eisenindustriellen ist heute nicht mehr ein wirtschaftlicher Kampf, sondern er ist in hervorragendem Maße ein politischer Kampf darüber, wer im Staate regieren soll, die Herren der Wirtschaft oder der Staat, darüber, ob das Volk selbst seine Gesetze bestimmen soll. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das ist das Entscheidende, und deshalb sage ich auch, da spielt es an sich keine Rolle, ob das Arbeitsgericht in Düsseldorf diesen Schiedspruch nicht als rechtswirksam betrachtet. Ich gehe mit Herrn Kollegen Rojcher nicht konform, der sagt, die Arbeitsgerichte in ihrer Gesamtheit werden stets Urteile gegen die Interessen der Arbeiterschaft fällen. Aber dieses Urteil war, wie selbst das Organ der christlichen Gewerkschaften sagt, zweifellos schon vorher fertig. Es ist bei dieser Gelegenheit auch darauf hinzuweisen, daß z. B. die „Neue Leipziger Zeitung“ in ihrer Nummer vom 14. November meiner Überzeugung nach ganz richtig die Dinge erfasst hat, wenn sie in bezug auf das Urteil des Arbeitsgerichts Düsseldorf sagt:

„Was geht es schließlich das Gericht an, wenn über zweihunderttausend Arbeiter ausgeperrt und brotlos sind, wenn dem deutschen Wirtschaftsleben durch das Vorgehen der paar nordwestlichen Schwerindustriellen ein unabsehbarer, in viele Millionen gehender Schaden entsteht, wenn die Not des deutschen Volkes, das in der Kriegs- und Nachkriegszeit gewiß nicht auf Rosen gebettet war und noch ist, noch größer wird, das Gericht hat nur Recht zu sprechen, es hat dem Rechte zum Siege zu verhelfen, und wenn das deutsche Volk dabei zugrunde geht.“ Das ist der Standpunkt einer bürgerlich orientierten Zeitung. Und ich möchte deshalb im allgemeinen sagen: Es ist unbeschadet des Urteils des Arbeitsgerichts Düsseldorf immer noch die Frage offen, ob an sich das deutsche Unternehmertum, das die jetzigen Kampfmethoden versucht, um den wirtschaftlichen Aufstieg der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu hemmen, siegreich ist, ob man überhaupt heute von einem Siege des deutschen Unternehmertums sprechen kann. Meine persönliche Auffassung geht dahin, daß die industriellen Unternehmer in der Schwerindustrie und in der Eisenindustrie, politisch betrachtet, heute bereits eine ungeheure moralische Niederlage erlebt haben. Sie haben vor allen Dingen heute die gesamte öffentliche Meinung gegen sich, und es gibt heute, auch im Reichstage ist das zum Ausdruck gebracht worden, keinen Politiker, noch viel weniger etwa einen Wirtschaftspolitiker, der sich getraute, die Maßnahmen der Eisenindustriellen zu verteidigen.

Nun entsetzt allerdings dieses Rückschlaggefecht. Jetzt versuchen jene Organe des Hugenberg-Konzerns den Rückschlag anzublasen, und das machen sie natürlich wieder mit jener Virtuosität, die diesen Leuten eigen ist. Und wenn die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ in der gestrigen Nummer vom 14. November geschrieben haben, daß die deutsche Wirtschaft unter dem Zwange des Dawes-Planes zu arbeiten hat und daß es im letzten Grunde bei dem Lohnkampfe in der westlichen Schwerindustrie darum geht, wenn man also die Tendenz des Kampfes der Schwerindustrie abzuleugnen und auf die Lasten des Dawes-Planes abzuwälzen versucht, so ist das allerdings ein Mandar, das wir entschieden zurückweisen müssen. Wir müssen dann die Gegenfrage stellen, wer hat denn damals wiederholt in Flugschriften und in seinen Zeitungen während des Krieges die Eroberung und Besitzergreifung von Longroy und Briet verlangt? Das waren ausgerechnet diese Eisenindustriellen. Und sie haben weiter verlangt, um der Wettbewerbsfähigkeit willen in Belgien und Frankreich die Kohlengruben unter Wasser zu legen. Sie haben damals von den Militärkommandos verlangt, daß die Fabriken zerstört werden sollen. In diesem Verlangen allerdings liegen auch die Ursachen der Lasten aus dem Dawes-Plan begraben. Sie sind die Schuldigen und sie drehen heute den Spieß um und sagen, die Arbeiterschaft hätte kein Interesse an der Regelung des Dawes-Planes. Es ist auch eine grausame Ironie der öffentlichen Meinung, wenn man tut, als wenn heute die deutsche Industrie noch daniederläge und tatsächlich durch die Lasten des Dawes-Planes nicht weiter käme. Es wird vollständig übersehen, daß die Siegerstaaten durch den Weltkrieg genau so verschuldet sind wie Deutschland. Deshalb, sage ich, ist es eine grausame Ironie der öffentlichen Meinung, auf diese Dawes-Lasten hinzuweisen, und es widerspricht auch den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, wie wir sie in den Handelsbeziehungen

tagtäglich lesen können. Man weiß heute, daß alle diese Verbände ihren leitenden Persönlichkeiten Hunderttausende von Mark an jährlichen Gehältern bezahlen, und es ist erklärlich, daß man — das wird besonders die bürgerlichen Parteipolitiker interessieren — selbst in Handwerkerkreisen übertraht ist und empfindet, wer überhaupt in Wirklichkeit diese kolossalen wirtschaftlichen Lasten zu tragen hat. Auch diese Leute kommen endlich zu der Überzeugung, die schon vor 80 Jahren Karl Marx im kommunistischen Manifest ausgesprochen hat, daß die kapitalistische Welt kein Idyll, sondern ein Kampf verschiedener Klassen ist. Deshalb ist allerdings die Aussprache notwendig, und wir sind verpflichtet, die öffentliche Meinung auf die drohende Gefahr dieser neuen brutal angewandten Kampfmethoden des deutschen Unternehmertums hinzuweisen.

Wir befinden uns hier in Sachen bekanntlich in einer besonderen Lage. Wir haben einen Industrieetat, und da Sachen mit seiner Fertigtwarenindustrie von dieser diktatorischen Preispolitik der Schlüsselindustrien am härtesten getroffen wird und da das ganz naturgemäß seine Auswirkung auf die arbeitenden Schichten in Sachsen hat, so müssen wir allerdings auch von der sächsischen Regierung verlangen, daß sie im Reichsrat ihren Einfluß ausübt, damit auf dem gesetzlichen Wege derartigen brutalen Maßnahmen des deutschen Unternehmertums ein für allemal ein Riegel vorgeschoben wird. (Abg. Geiser: Sehr richtig!) Wir brauchen als Sozialdemokraten nicht zu prophezeien, aber wir erinnern die Herren der bürgerlichen Parteien an folgendes. Als in Amerika auf Grund derselben Vorgänge, wie sie sich jetzt in Deutschland anbahnen, ein Antitrustgesetz auf der Tagesordnung des amerikanischen Senats stand, erklärte ein Senator bei der Beratung über dieses Antitrustgesetz:

„Wenn wir als politische Macht keinen König dulden wollen, dürfen wir auch keinen König über die Produktion, den Transport und den Verkauf irgendwelcher Lebensnotwendigkeiten dulden. Wenn wir uns keinem Kaiser unterwerfen wollen, so dürfen wir uns auch keinem Wirtschaftskautokraten unterwerfen, der die Macht hat, die Konkurrenz zu verhindern, um den Preis der Ware festzusetzen.“

Wenn so im Jahre 1911 in Amerika das Antitrustgesetz verabschiedet wurde und man dabei solche Worte gesprochen hat, so wird auch bei uns in Deutschland der Zeitpunkt kommen, wo selbst die Politiker, die auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stehen, gezwungen sein werden, Farbe zu bekennen, ob ihnen das Gemeinwohl des Volkes höher steht als das Profitinteresse einzelner Herren in der deutschen Wirtschaft.

Es ist vielleicht dem Herrn Stegerwald als Vertreter einer früheren Bürgerblockregierung, als einem echten nationalen Mann, der ja weit, weit abseits von uns steht, äußerst unangenehm, daß ausgerechnet in dieser katholischen Hochburg das Unternehmertum seinen ersten großen Offensivkampf entwickelt hat. Wenn er gesagt hat, es sei an der unredlichen Stelle der Kampf ausgebrochen, so kann ich ihm das persönlich nachsagen, es wäre den Leuten zweifellos lieber gewesen, wenn sich ein derartiger Nachkampf hier in Sachsen entwickelt hätte, weil sie dann sagen könnten: Das sind die radikal eingestellten sächsischen Arbeiter, mit diesen mußte einmal Fraktur gesprochen werden. Dann würde zweifellos in Deutschland in der deutschen Presse im Chorus auf Sachsen hingewiesen werden, und man würde zweifellos eine andere Haltung einnehmen. Weil die Eisenindustriellen diesen Kampf nicht nur als wirtschaftlichen Kampf, sondern in hervorragendem Maße als politischen Kampf gegen die Staatsautorität eröffnet haben, ist der Staat verpflichtet, mit allen Mitteln die Unterdrückung der ausgeperrten Arbeiter zu sichern, und wie stehen auf dem Standpunkte der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die in ihrem Antrag ausgesprochen hat, daß in erster Linie der Staat verpflichtet ist, die Auszahlung der Unterstützung zu regeln; wir sind der Meinung, daß die Reichsregierung Mittel beschaffen und den Gemeinden überweisen muß, um den ausgeperrten Arbeitern eine ausreichende Unterstützung zu geben und dadurch zu ermöglichen, daß diese Herren, die anscheinend glauben, die Macht im Staate zu bilden, wieder zur Räson zurückgeführt werden. Ich weiß, daß es diesen Unternehmern heute bereits außerordentlich schnell zumute ist; sie sehen, daß der Sprung, den sie gemacht haben, vorläufig noch zu weit gewesen ist. Wenn die Unternehmer jetzt versuchen eine Brücke zu finden, auf die sie steigen können, so wäre das im Interesse des Allgemeinwohls zu begrüßen. Wir glauben aber, daß die übrigen Unternehmer, auch die Unternehmer in der Textilindustrie, von ihren neuen Kampfmethoden nicht ablassen werden; sie haben sich festgelegt und müssen das durchführen, weil ihnen die Frage des Preisigen höher steht als das Interesse am Allgemeinwohl.

Wir stehen auf dem Standpunkte, daß bei Wirtschaftskämpfen die Arbeiter ihre Unterstützung in erster Linie von den Gewerkschaften zu erhalten haben; es ist Aufgabe der Gewerkschaften, bei Wirtschaftskämpfen für die Arbeiterschaft Unterstützung zu geben; und wir fordern deshalb auch die Arbeiterschaft auf, in die gewerkschaftlichen Organisationen einzutreten, ihre gewerkschaftlichen Organisationen finanziell kräftig zu gestalten, um dann auch einmütig und geschlossen den neuen Kampfmethoden des Unternehmertums begegnen zu können. Wir sind deshalb auch nicht gegen die Streichung des § 94, sondern in diesem besonderen Falle stehen wir allerdings auf dem Standpunkte, den ein Parteifreund von mir in der „Dresdener Volkszeitung“ ausgeführt hat. Die Dinge liegen heute so, daß damals, als die revolutionäre Welle abebbte, als der einzelne Arbeiter sich zu Ausschreitungen hinreißt ließ, ausgerechnet bürgerliche Kreise ein Zumutlichabengeh verlangt, um für die durch diese Ausschreitungen einzelner Elemente Geschädigten eine Unterstützung des Reiches zu sichern. Es entsteht die Frage, nachdem heute die wirtschaftlichen Kämpfe des deutschen Unternehmertums mit den neuen Kampfmethoden sich direkt gegen den Staat richten und ungeheure Schäden verursachen, nicht bloß in den Kreisen der arbeitenden Schichten,

sondern vor allen Dingen in den Kreisen des Handels- und Gewerbestandes, ob der Staat nicht verpflichtet ist, auch die Unterfügungsfrage zu regeln; und deshalb sage ich, wir werden dem Antrag Nr. 975 in dieser Form nicht zustimmen, sondern wir verlangen, daß allerdings die sächsische Staatsregierung im Reichstag ihren Einfluß ausübt, damit der Antrag der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Gesetz erhoben wird.

Zum Schluß möchte ich noch auf eine Äußerung zurückkommen, die Herr Roscher gemacht hat. Er gab einen Hinweis auf die kommenden Kämpfe in der Textilindustrie Sachsens und sagte, daß sich die Textilarbeiter nicht mit den Forderungen einverstanden erklären haben. Das ist eine bewußte Irreführung. Er muß wissen, daß die abgeleiteten Arbeiter aus den einzelnen Filialen des Gebirgskreises sich mit ungefähr sechs oder sieben Ausnahmen auf diese Forderung, die gestellt worden ist, geeinigt haben. Die Vertreter, die dagegen gestimmt haben, waren Anhänger der kommunistischen Partei, sie befolgten eine Parole, die ihnen von der Partei aufgegeben worden ist. Das ist eine altbekannte Methode, die wir leider bei jedem Lohnkampf der Arbeiterschaft zu beobachten haben; und ich möchte erklären: der überwiegende Teil der organisierten Arbeiterschaft lehnt es ab, sich von Elementen in den Gewerkschaftskampfen einzutreten zu lassen, die von einem Gewerkschaftskampf nicht bloß nichts verstehen, sondern überhaupt nach meiner Überzeugung nur gewillt sind, diesen Gewerkschaftskampfen eine Niederlage zu bereiten; und dagegen müssen wir uns wenden; und deshalb können wir auch solche Sicherungen, die heute von der kommunistischen Partei bereits bekanntgegeben worden sind, nicht unterstützen. Die organisierte Arbeiterschaft steht auf dem Standpunkt, daß sie ihre gewerkschaftlichen Organisationen finanziell so kräftigen muß, daß sie auf solche Sammlungen in Zukunft endgültig verzichten kann. Also ist der Standpunkt der Gewerkschaften, daß jeder bemüht ist, der Arbeiterschaft wirklich einen Sieg zu bereiten. Man soll dafür sorgen, daß ein einheitliches Vorgehen gegen die einheitliche und geschlossene Kampfmethode überall nicht gestört wird. Dann können wir überzeugt sein, daß der Kampf der Arbeiterschaft, der zweifellos an Umfang und Bedeutung zunehmen wird, auch mit einem Siege für die Arbeiterschaft beendet wird. (Lebhaftes Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Ziewert (Komm.): Der Herr Kollege Graupe schloß seine Ausführungen mit den Worten: Nur der einheitliche Kampf der Arbeiter kann den Sieg der Arbeiter herbeiführen. Ich glaube, daß jeder Arbeiter diese Forderung unterstützen muß, aber die Ausführungen des Herrn Kollegen Graupe zeigten die ganze Zwitterhaftigkeit der Sozialdemokratischen Partei. (Lachen b. d. Soz.) Es ist ein Widerspruch in sich, in der Reichsregierung zu sitzen, die Interessen der Bourgeoisie zu vertreten und zu gleicher Zeit in den Gewerkschaften die Führung zu haben und die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Die Ansichten des Herrn Kollegen Graupe sind meiner Ansicht nach durch die Tatsachen vielfach widerlegt. Ich möchte zuerst feststellen: Arbeiter befinden sich im Kampfe, ausgeperrt von dem Unternehmertum, Hunderttausende liegen auf der Straße. Da ist es nach meiner Meinung Pflicht, alle Mittel zu mobilisieren, um die Kämpfenden zu unterstützen (Sehr richtig! b. d. Komm.), und ich glaube, jedes Mittel, das einer Unterstützung der Arbeiter gleichkommt, muß und recht sein und muß von uns mit aller Kraft gefördert werden. Der Herr Kollege Graupe macht eine ganze Reihe Ausnahmen. Er stellt erstens einmal fest, daß die Unterstützung allein den Gewerkschaften überlassen bleiben muß. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich möchte daran erinnern, daß in diesem Jahre die Sozialdemokratische Fraktion des Landtags einem Antrag zugestimmt hat, der ganz ähnlich lautete wie der Antrag Nr. 975, als es sich nämlich um den Kampf der Arbeiter in den Eisenhütten in Sachsen handelte. Damals haben Sie für diesen Antrag gestimmt, der die Aufhebung des § 94 verlangte, und heute haben Sie diesen Antrag abgelehnt. Damals sah die Sozialdemokratische Partei noch nicht in der Reichsregierung, heute sieht sie darin. Ich stelle das nur fest, um zu zeigen, daß aus der Beteiligung an einer bürgerlichen Koalitionsregierung für die Sozialdemokratische Partei sich ganz bestimmte Konsequenzen ergeben. Die Konsequenzen zeigen sich erstens in der Stellungnahme des Herrn Kollegen Graupe heute und zweitens in der Stellungnahme des sozialdemokratischen Arbeitsministers Wiffel, der nicht wie ein Gewerkschaftsführer, dem es darum zu tun sein muß, seine Truppen zum Siege zu führen, gesprochen hat, sondern der als Arbeitsminister einer Koalitionsregierung sprach, die gewachsen ist auf dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft und der Wirtschaftsdemokratie.

Und wenn wir eins feststellen müssen, dann müssen wir feststellen, daß dieser Kampf, der sich jetzt im Rheinland abspielt, und die Kämpfe, die in nächster Zeit uns bevorstehen, ein deutlicher Beweis dafür sind, daß eine Verständigung zwischen Arbeit und Kapital unmöglich ist (Sehr wahr! b. d. Komm.), daß auch die gelindeste Form der Verständigung, nämlich die der Wirtschaftsdemokratie und der Koalitionspolitik, unmöglich ist, daß sie abgelehnt und bekämpft werden muß von allen Arbeitern, die auf dem Standpunkt des Zitates stehen, das der Herr Kollege Graupe an den Anfang seiner Ausführungen stellte. Kollege Graupe sagte: die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Richtig! Karl Marx hat diesen Satz im kommunistischen Manifest festgehalten. Aber was ergibt sich aus der Feststellung, daß die Geschichte der Menschheit eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, was ergibt sich aus der Feststellung, daß in der gegenwärtigen Epoche bewiesen wird, daß, was Karl Marx gesagt hat, die Bourgeoisie unfähig ist, ihr Gesetz der Menschheit als regelndes Gesetz aufzuzwingen? Daraus ergibt sich, daß wir als Arbeiter alle Kräfte mobil machen müssen, um diese Gesellschaft zu kürzen, und daß auch die Wirtschaftskämpfe ausgenutzt, und in die Herzen und in die Köpfe der Arbeiter der Glaube an den Sozialismus und die Überzeugung der Notwendigkeit des rücksichtslosen Klassenkampfes eingehämmert werden muß.

Herr Kollege Graupe sagt, daß das, was wir jetzt erleben, Vorpostenkämpfe sind. Richtig, Herr Kollege Graupe. Aber ich stelle die Gegenfrage: Wenn das Vorpostenkämpfe sind, kann man dann als Sozialdemokrat in einer Regierung mit bürgerlichen Gemeinam sitzen und diese Vorpostenkämpfe der Arbeiter so leiten, daß sie zu Entscheidungskämpfen der Arbeiter gegen die kapitalistische Gesellschaft werden sollen? Und da sage ich: Nein! Alle diese Dinge, die wir jetzt erleben, beweisen uns, daß der gegenwärtige Zustand unhaltbar ist. Wir erleben jetzt heftige Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital. Hunderttausende liegen auf der Straße. Wir können nur unterstützen, wenn Herr Kollege Graupe sagt: Nicht nur die Arbeiter werden in Mitleidenschaft gezogen, sondern auch weite Kreise des Kleinbürgertums. Das ist richtig. Falsch ist aber seine These, daß dieser Kampf gegen die Reichsregierung geführt wird. Im Gegenteil, ich behaupte, daß diese Reichsregierung mit Hilfe der sozialdemokratischen Minister alles tut, um das Unternehmertum in diesem Kampfe zu unterstützen (Sehr richtig! b. d. Komm.) Diese Ausperrung in der Schwerindustrie im Rheinland richtet sich nicht gegen die Regierung. Aber warum haben die Unternehmer zur Ausperrung gegriffen? Nur um einen starken Druck auf die Regierung, auf die Organe der Regierung auszuüben und der Regierung die Möglichkeit zu geben, ihren Unfall, ihre tatkräftige Unterstützung zu maskieren. Sie können erklären, das Unternehmertum hat uns zum Nachgeben gezwungen, und Sie wollen damit auch nach außen hin die breiten Schichten des Kleinbürgertums und weiter auch viele hunderttausende Arbeiter weiter unter Ihrer Fahne sammeln.

Ebenso glaube ich, ist es falsch, wenn Herr Kollege Graupe hier im Sinne der Unternehmer oder im Sinne eines guten Demokraten sagt, das Unternehmertum setze sich über Gesetz und Recht hinweg. Die Gesetze, geschaffen im Interesse der kapitalistischen Gesellschaft, ausgelegt von einer Justiz, die Diener dieser Gesellschaft ist, geben den Kapitalisten gar nicht die Veranlassung, sich darüber hinwegzusetzen. Im Gegenteil, die Urteile der Arbeitsgerichte zeigen ja, daß diese Gerichte den Unternehmer gar nicht erst dazu zwingen, sich über Gesetz und Recht hinwegzusetzen, daß diese Gerichte im Interesse des Unternehmertums entscheiden. Ich stelle also ausdrücklich fest, es ist nicht richtig, daß das Unternehmertum sich über Gesetz und Recht hinwegzusetzen braucht, denn es ist kapitalistisches Gesetz, die Arbeiter zu unterdrücken und immer und bei jedem Kampfe den Arbeitern Unrecht zu geben. Und diese Gerichte fällen Urteile, die immer den Unternehmern Recht geben, die letzten Endes immer darauf hinausgehen, daß das Kapital in seiner Macht gestützt wird.

Ich möchte noch eine Tatsache feststellen. Herr Kollege Graupe versuchte in seinen Ausführungen die Dinge so darzustellen, als richte sich dieser Kampf gegen eine Regierung, in der sozialistische Minister sitzen. Früher hätten die Unternehmer geschrieben, daß sie eine sozialistische Regierung mit allen Mitteln bekämpfen würden. Heute, so sagt er, richtet sich der Kampf sogar gegen eine Regierung, in der die Sozialdemokraten nur einige Vertreter haben. Auch hier zeigt sich wieder ein großer Widerspruch. Hier muß man den Kollegen Graupe und damit die sozialdemokratischen Arbeiter darauf aufmerksam machen, daß es einfach undenkbar ist, daß in einer Gesellschaft, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln und Rohstoffen die Grundbasis der Gesellschaft ist, daß in einer Gesellschaft, wo das kapitalistische Gesetz entscheidend ist, die sozialdemokratischen Minister die Interessen der Arbeiter vertreten können. Die Voraussetzung für die Interessenvertretung der Arbeiter ist eben die Zerbrückung der Grundlagen dieser Gesellschaft. Und das zeigt sich am deutlichsten in diesem Kampfe. In diesem Kampfe zeigt sich, daß die Wirtschaftsdemokratie und die Koalition und die verschiedenen Einrichtungen der Wirtschaftsdemokratie von dem Unternehmertum nicht als genügendes Entgegenkommen gewertet werden. Ein charakteristisches Merkmal dieser ganzen Kämpfe ist, daß sich sowohl die Arbeiter gegen die Schiedsprüche wenden als auch das Unternehmertum dagegen Sturm läßt. Es ist nicht so, Kollege Graupe, daß es nur eine Handvoll Arbeiter wären, die sich gegen diese Schiedsprüche der kapitalistischen Gerichte wenden, sondern immer mehr werden die Massen der Arbeiter, die der Überzeugung sind, daß diese Schiedsprüche, gefällt durch kapitalistische Gerichte, Schiedsprüche sind, die der kapitalistischen Gesellschaft dienen, und daß man sie deshalb bekämpfen muß. Ich sage, es ist charakteristisch, daß sowohl das Unternehmertum gegen diese Einrichtung der Gewerkschaftsdemokratie, gegen diese Schiedsprüche Sturm läßt wie auch weite Schichten der Arbeiterschaft. Daraus zeigt sich meiner Ansicht nach eine heftige Zuspitzung der Klassengegenstände, und in einer solchen Situation, wo man von einer Zuspitzung der Klassengegenstände spricht, ist es falsch, wenn man als Gewerkschaftsführer es ablehnt, alle Mittel, die zur Unterstützung des Kampfes überhaupt in Frage kommen, mobil zu machen und anzuwenden, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Wir sehen in unserem Antrage einen kleinen Versuch, die Arbeiter zu unterstützen. Wir stellen diesen Antrag erstens, weil wir der Meinung sind, daß alle Mittel mobilisiert werden müssen, und zweitens, weil wir an Hand dieses Antrages den Nachweis erbringen wollen, daß diese kapitalistische Gesellschaft und diese Reichsregierung nicht die Interessen der Arbeiter vertritt, sondern die Interessen dieser Handvoll Unternehmer, dieser 20 oder 30 Kapitalisten, die von der Ausbeutung der Arbeiter leben und sich keinen Dreck darum kümmern, ob Hunderttausende infolge ihres brutalen Vorgehens leiden und zugrunde gerichtet werden. Deshalb müssen wir auf der Annahme unseres Antrages bestehen. Die Unternehmer, die die Arbeiter ausgeperrt haben und damit ihren brutalen Machtwillen zum Ausdruck bringen, sind heute die Besitzer der Werkstätten, der Rohstoffe und des Kapitals, und sie stützen sich auf diese Macht, die eine sehr reale ist, um ihren Willen durchzusetzen. Was muß gegen diesen Unternehmertum geschehen? Ich sagte schon, die ganze Arbeiterschaft muß mobil gemacht werden. Wenn es so ist, daß

in nächster Zeit die Textilindustrie auch ausperrt will, so werden, wenn sich die Arbeiter dem Diktat der Textilindustriellen, dem Diktat der Industriellen überhaupt nicht fügen, dieser ersten Ausperrung noch weitere größere Ausperrungen folgen. Das Unternehmertum muß und will seinen Willen durchsetzen. Und wenn sich die Gewerkschaftsführer gegen dieses Diktat der Unternehmer stellen, wenn sie unter dem Druck der Arbeitermassen die Arbeiter zum Kampfe aufrufen, werden wir zu den schwersten Auseinandersetzungen kommen, weil die Arbeiterschaft auf die Dauer diese Niederdrückung der Lebenshaltung nicht dulden kann, weil sie sich bei Strafe ihres Unterganges erheben und die Kapitalisten niederschlagen muß. Das ist das Gesetz, das uns die Situation diktiert, und aus dieser Situation heraus gilt es, auch bestimmte Lehren zu ziehen. Ich bin der Meinung, wir müssen fordern, daß dieser Antrag angenommen wird. Wir müssen verlangen, daß die Mittel des Staates den kämpfenden, von den Unternehmern zum Hunger verurteilten Arbeitern zur Verfügung gestellt werden, und zwar restlos müssen die Arbeiter unterstützt werden. Es kommt nicht darauf an, ob es Pflicht der Gewerkschaften ist, sie zu unterstützen — darüber gibt es gar keine Meinungsverschiedenheit —, selbstverständlich haben die Gewerkschaften die Pflicht, die Streikenden zu unterstützen. Aber ich sage, die Mittel der Gewerkschaften reichen bei weitem nicht aus, in einem so schweren Kampfe den Arbeitern die notwendige Unterstützung zuteil werden zu lassen. Und deshalb, sage ich, gilt es, auch diese Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, auch diesen Weg zu beschreiten. Ich bin der Meinung, daß die Arbeiter, die den größten Teil der Steuern aufbringen, einen Rechtsanspruch darauf haben, aus den Mitteln des Staates unterstützt zu werden. Deshalb müssen wir auf der Annahme unseres Antrages bestehen.

Aber darüber hinaus glaube ich, wenn Sie wirklich der Meinung sind, daß dieser Staat etwas ist, was über den Parteien steht und über dem Unternehmertum, dann könnte die Reichsregierung meiner Ansicht nach im Reichstage ein Gesetz einbringen, welches kurz und bündig besagt: Die Unternehmer werden verpflichtet, den ausgeperrten Arbeitern für die Dauer ihrer Ausperrung die Löhne weiterzuzahlen. Und wenn die Unternehmer sich weigern, dann könnte die Regierung, wenn es sich wirklich um eine Regierung handelte, die gegen das Unternehmertum steht, beschließen, wir werden gegen diese brutalen Unternehmer, gegen diese Handvoll Diktatoren die Exekutive des Reiches in Bewegung setzen, sie entweder einsperren oder ihr Vermögen beschlagnahmen und ebenfalls zur Unterstützung der Kämpfenden verwenden. Das wäre eine Notwendigkeit, das ergäbe sich aus der Stellung des Kollegen Graupe, wenn es sich wirklich um eine Regierung handelte, die eben nicht eine Regierung dieses Unternehmertums wäre, die die Arbeiter brutal auf die Straße schießt. Wenn man schon derartige Ansichten vertritt, wie sie Herr Kollege Graupe formuliert hat, daß diese Unternehmer die Reichsregierung zwingen wollen, dann soll die Regierung von ihrer Macht Gebrauch machen und die Unternehmer zwingen. Herr Kollege Graupe sagt, die moralische Niederlage der Unternehmer ist schon eine Tatsache. Wenn das so ist, Herr Kollege Graupe, dann könnte doch eine Reichsregierung, die wirklich etwas im Interesse der Arbeiter tun will, erst recht darauf drängen und diese Maßnahmen durchzuführen, die ich eben angeregt habe. Aber die Dinge liegen ganz klar, die Unternehmer des Ruhrgebietes als die bestorganisierte, als die stärkste und kapitalträchtigste Gruppe des Unternehmertums macht hier einen Vorstoß gegen die Arbeiterklasse, der gebilligt wird von der gesamten Kapitalistenklasse Deutschlands. Ich behaupte sogar, daß dieser Vorstoß von den führenden Köpfen des deutschen Kapitalismus besprochen und beraten worden ist, und nach wohlweislicher Untersuchung der ganzen Lage ist man zu dieser Ausperrung übergegangen. Man will durch diese Ausperrung den Arbeitern, die ich sagen, es ist Zeit, daß wir diese kapitalistische Gesellschaft niederzwingen, eine Niederlage beibringen.

Deshalb sage ich, man sollte in diesem Kampfe mit solchen Methoden, wie sie Herr Kollege Graupe hier angeregt hat, nicht arbeiten. Alles gilt es einzusetzen, um die Einheit der Kämpfenden zu fördern. Und wenn Herr Kollege Graupe sagt, es gibt Unorganisierte, die keine Ahnung haben von gewerkschaftlichem Kampf, wenn er polemisiert gegen den Kollegen Roscher, daß manche Unorganisierte sich von den Unternehmern gebrauchen lassen gegen die Arbeiter, dann ist das alles richtig, es ändert aber nichts an der Tatsache, daß wir gegen eine ungeheure Armee von Unorganisierten ebenfalls unseren Sieg über das Unternehmertum nicht erringen können. Es ist also notwendig, Kampfleitungen zu schaffen, die sich zusammenschließen aus den organisierten, aus den wirklich revolutionären Vertretern des rheinischen Proletariats, und ich behaupte, dazu gehören manche, die früher gewerkschaftlich organisiert waren und die man ausgeschlossen hat, und dazu gehört auch manch einer, der den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation noch nicht gefunden hat. Deshalb, Herr Kollege Graupe, ist es notwendig, nicht die Methoden der Gewerkschaften anzuwenden, die Unorganisierten auszuschließen und auszustoßen. Eben weil wir der Überzeugung sind, daß auf Grund der wirtschaftlichen Lage alle Ausgebeuteten gegen das Unternehmertum eine Front bilden müssen, glaubten wir auch, daß es notwendig ist, in diesen Kämpfen einheitliche Kampfleitungen zu bilden, und daß diese Kämpfe nicht siegreich beschloßen werden durch die Anschauungen eines Arbeitsgerichtes oder durch die Entscheidung einer Reichsregierung, in welcher auch Sozialdemokraten sitzen, sondern daß diese Kämpfe nur siegreich entschieden werden können, wenn sie ausgetragen werden, gestützt auf den Willen der Mehrheit der Arbeiter, die in diesen Kämpfen stehen. Wir sind deshalb der Meinung, daß unser Antrag angenommen werden muß. Wir sind ferner der Ansicht, daß in allen Gemeindeparlamenten, daß in allen Arbeiterorganisationen zur finanziellen, zur moralischen und tatkräftigen Unterstützung der Arbeiter aufgerufen werden muß: Den rheinischen Arbeitern die volle Unterstützung! Das ist unsere Lösung. (Bravo! b. d. Komm.)

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Abg. Graupe (Soz.): Zur tatsächlichen Richtigstellung: Herr Abg. Stewert hat erklärt, wir hätten bereits im sächsischen Landtage einem ähnlichem Antrage zugestimmt. Das ist falsch. Herr Abg. Stewert kann im Protokoll der Sitzung des Haushaltsausschusses B vom 13. März d. J. nachschlagen, wo genau derselbe Antrag der kommunistischen Fraktion gegen 3 Stimmen abgelehnt worden ist. Auch in der Sitzung des Landtags vom 19. April ist ein gleichartiger Antrag unter Nr. 729 von uns abgelehnt worden. Angenommen ist jedoch ein Änderungsantrag meines Parteifreundes Siegnoth. Es trifft also nicht zu, was Herr Abg. Stewert behauptet.

Da gegen die von dem Abg. Moscher (Komm.) beantragte Schlussberatung des Antrages Nr. 975 Widerspruch erhoben wird, wird dieser dem Haushaltsausschuss B zur Weiterberatung überwiesen.

Punkt 2. Zweite Beratung über den Antrag des Abg. Arzt u. Gen. (Drucksache Nr. 703) auf Änderung des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken sowie über die hierzu vorliegenden Eingaben. (Mündlicher Bericht des Rechtsausschusses, Drucksache Nr. 866.)

Der Antrag Nr. 866 lautet:

(Die Minderheitsanträge sind durch ■ besonders bezeichnet.)

Der Landtag wolle beschließen:

1. dem Antrag Drucksache Nr. 703 als Punkt 3 hinzuzufügen:
„zur Festsetzung der Mietzinssteuer darf nur das Einkommen des Mietrauminhabers herangezogen werden“;
Schreiber (Oberwärschnitz), Renner, Moscher.
2. den Antrag Drucksache Nr. 703 abzulehnen;
3. die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bei Neuregelung des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich keine Verschlechterung gegenüber den jetzt bestehenden Zuständen der Länder eintritt;
4. die Eingabe Nr. 1813 (Prüfungsausschuss) des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands in Dresden für erledigt zu erklären.

Der. Erst. Abg. Rebrig (Soz.): Der Antrag Nr. 703, die Höchstgrenze des Einkommens, bei dem eine Befreiung von der Mietzinssteuer aus sozialen Gründen nach § 4 des sächsischen Mietzinssteuergesetzes erfolgt, von 2800 M. zu erhöhen, hätte den Zweck, die minderbemittelten Kreise vor einer Überlastung durch die Mietzinssteuer zu schützen.

Der Rechtsausschuss hat leider unserem Antrage nicht die von uns gewünschte Beachtung geschenkt. Vor allen Dingen glaubte die Regierung, es nicht verantworten zu können, eine solche Vergünstigung zugunsten der Armen einzutreten zu lassen, weil dadurch die Mittel für den Wohnungsbau sehr geschmälert würden. Preußen habe die gleiche Lösung versucht, dort habe die Reichsregierung Einspruch erhoben; es bestünde also die Gefahr, daß, wenn in Sachsen die jetzt geltenden Bestimmungen, bei denen glücklicherweise die Reichsregierung keinen Einspruch erhoben hat, geändert würden, dann die Reichsregierung Gelegenheit nehmen würde, gegen die ganze Fassung Einspruch zu erheben. Der Regierungsvortragere wies schließlich noch auf das kommende Steuervereinfachungsgesetz hin.

Die Regierungsparteien haben sich die Argumente der Regierung zu eigen gemacht und sind im Ergebnis dazu gekommen, den Antrag abzulehnen. Nur die kommunistische Partei hat unseren Anträgen beigepflichtet und den Minderheitsantrag Ziff. 2 dazu gestellt. Der Antrag Ziff. 3 ist alles, was bei der ganzen Sache zugunsten der ärmsten Volksteile herausgekommen ist.

Besonders zu erwähnen ist, daß Herr Abg. Wagner (Dnat.) verschiedene Einwendungen gegen den sozialdemokratischen Antrag vorgebracht hat, u. a. daß der Antrag keine Berechtigung hätte, weil nicht dem Mieter der Betrag abgenommen würde, sondern dem Hauswirt. Diese Auffassung des Herrn Wagner zu zerstreuen, war leider ohne Erfolg.
Ich habe als Berichterstatter die Annahme des Antrages auf Drucksache Nr. 866 zu empfehlen.

Stellv. Präsident D. Sidmann: Eine Bewertung von Anträgen von Abgeordneten im Ausschuss ist für den Berichterstatter nicht zulässig.

Punkt 3: Zweite Beratung über den Antrag des Abg. Kaiser u. Gen. (Drucksache Nr. 53), Änderung des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken betreffend. (Mündlicher Bericht des Rechtsausschusses, Drucksache Nr. 867.)

Der Antrag Nr. 867 lautet:

(Die Minderheitsanträge sind durch ■ besonders bezeichnet.)

Der Landtag wolle beschließen:

1. den Antrag Drucksache Nr. 53 in folgender Fassung anzunehmen:
„die Regierung zu ersuchen, beim Reiche dahin zu wirken, daß bei der Neugestaltung der Mietzinssteuer durch das geplante Steuervereinfachungsgesetz die jetzigen Befreiungsvorschriften in § 4 des sächsischen Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken vom 15. April 1926 auch auf die gewerblichen Räume ausgedehnt werden.“
Enterlein.
2. den Antrag Drucksache Nr. 53 abzulehnen.

Der. Erst. Abg. Rebrig (Soz.): Der Antrag Nr. 53 ist ebenfalls im Rechtsausschuss eingehend behandelt worden, und ich habe als Berichterstatter darauf aufmerksam gemacht, daß der Antrag schon um deswillen keine innere Berechtigung hat, weil die Herren Gewerberäume aufzuwendende Miete von ihrem Einkommen abzuziehen. Die Regierung hat sich meiner Auffassung angeschlossen und ebenfalls gebeten, den Antrag abzulehnen. Der Rechtsausschuss hat sich in seiner Mehrheit dieser Auffassung angeschlossen.

Die Punkte 2 und 3 werden in der Aussprache, die nunmehr erfolgt, verbunden.

Abg. Rebrig (Soz.): Ich möchte noch einige Bemerkungen vom Standpunkt meiner Fraktion aus machen und zunächst ein Wort zu der Stellung der Regierung sagen. Der Herr Regierungsvortragere fragte den Ausschuss: Meine Herren, wollen wir denn die Mittel für den Wohnungsbau noch weiter beschneiden? — Ich möchte bloß wünschen, daß die Herren vom Finanzministerium bei manchen anderen Gelegenheiten auch diese Frage aufgeworfen hätten (Sehr richtig! b. d. Soz.) wie hier, wo es sich um die Besserstellung ja leicht entlohnter Arbeiterschichten handelt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Der Herr Abg. Wagner hat gesagt, der Erlaß oder die Stundung von Steuern sei ein Geschenk, das außerordentlich bedenklich ist. Die Deutsche nationale Volkspartei bekennt sich immer nur auf solche Dinge, wenn es sich um Minderbemittelte dreht. Als wir die bekannte Stundungsverordnung als ein Geschenk an die großen Hausbesitzerklasse bezeichneten, hat derselbe deutsche nationale Abg. Wagner sich hingestellt und unseren Antrag abgelehnt. Den großen Hausbesitzern Geschenke zu machen, ist nicht bedenklich. Ebenso ist es mit der Regierung. Wenn sie solche Angst hat, daß die Mittel für den Wohnungsbau beschnitten werden, dann dürfte auch die Regierung nicht dazu kommen, die bekannten Stundungsgeschenke an die zahlungsfähigen Kreise zu machen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Auch die Vorgänge in der letzten Zeit beweisen, daß man diese Bedenken nicht hat, wenn es sich darum dreht, den Besitzenden Steuergeschenke zu machen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich erinnere an folgendes. Vor gar nicht langer Zeit ist die Notiz durch die Presse gegangen, der Herr Finanzminister beabsichtige, die heute in Sachsen noch bestehende Schlachtsteuer abzubauen, um gewissen Wünschen der Großschlichter und dergleichen entgegenzukommen. Die Schlachtsteuer bildet einen Faktor im sächsischen Haushaltsplane von 12 Mill. M. (Zuruf rechts: Von 10 1/2 Millionen!) Wenn diese Steuer aufgehoben wird, müssen wir uns doch einmal die Frage vorlegen: Wenn wird die Steuerbeseitigung zugute kommen? (Abg. Enterlein: Der Verbilligung des Fleisches!) Ich glaube, heute schon sagen zu können, daß nicht ein einziger Pfennig den Konsumenten zugute kommen, sondern restlos in den Taschen der Großschlichter verschwinden wird. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Soz. — Abg. Dr. Wilhelm: Abwarten! — Abg. Müller-Planig: Dann ist es zu spät, Herr Dr. Wilhelm!) Ich wollte das nur in Parallele stellen zu der Außerung, die der Herr Finanzminister in bezug auf unseren Antrag gemacht hat. Wenn es sich darum dreht, und so sicher ist es hier so, daß die bestehenden Gewerbesteuer die Steuern in ihre Tasche schieben, hat der Minister nicht 5 Minuten lang Bedenken, diesen in 3 Jahren 12 Millionen zuzuschlagen, aber wenn wir für die Minderbemittelten eine kleine Erleichterung verlangen, kriegt er es fertig, seinen Regierungsvortragere herzuschicken und sagen zu lassen: das gebe unmöglich, man könne nicht die Mittel für den Wohnungsbau verringern. Wer könnte aber denn das sächsische Finanzministerium daran hindern, daß die Schlachtsteuer nicht beseitigt, sondern beibehalten wird, daß aber die Mittel daraus restlos dem Wohnungsbau zuliegen? Wenn man eine solche Handlung vornähme, würde man wahrscheinlich ganz gut unseren Antrag zu dem gewünschten Erfolge führen und die minderbemittelten Kreise etwas entlasten können. Wenn man sich aber die Sache genau ansieht, muß man sagen, es fehlt hier der gute Wille, den minderbemittelten Kreisen zu helfen. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist ein Skandal, daß es hier Parteien gibt, die sich bei jeder Gelegenheit herstellen und von Wohlwollen gegenüber den Minderbemittelten, s. v. den Sozial- und Rentrentnern und dergleichen gegenüber übertrieben, und die dann dem Ministerium gegen seiner reaktionären Steuerpolitik helfen, die wir schon noch ins rechte Licht rücken werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Finanzminister Weber: Meine Damen und Herren! Die Regierung muß ganz entschieden die Unterstellung zurückweisen, die ihr jetzt der Herr Vortredner gemacht hat. Wenn das Finanzministerium in den Ausschüssen erklärt hat, daß eine Erweiterung des § 4 nicht möglich ist, so deshalb, weil die Rechtsgültigkeit des § 4 von der Reichsregierung sowieso bestritten ist. Preußen, das eine ähnliche Bestimmung aufnehmen wollte bei der Neuregelung seiner Mietzinssteuer, ist von seiten des Reichsfinanzministeriums diese Regelung untersagt worden (Abg. Reu: Das gibt es ja gar nicht!), und es bestand die große Gefahr, wenn wir über die sächsische Regelung hinausgehen, daß dann der ganze § 4 von der Reichsregierung angefochten worden wäre und die Empfänger, die bis jetzt daraus den Vorteil hatten, jedenfalls viel, viel schlechter gestellt worden wären. (Zuruf links: Fauler Zauber!)
Meine Herren Vortredner darf ich nunmehr daran erinnern, was der neue Herr Reichsfinanzminister an die Stelle des sächsischen § 4 gesetzt hat im Steuervereinfachungsgesetz (Zuruf links: Das ist doch nur ein Entwurf!) bzw. im Gebäudeentwertungsteuergesetz. Meine Damen und Herren! Wenn es auch ein Entwurf ist, der von der alten Reichsregierung stammt, so ist er doch von der neuen Reichsregierung übernommen worden. (Hört, hört! rechts. — Abg. Edel: Aus rein formalen Gründen!) Der Entwurf stellt also den Willen der neuen Reichsregierung und in diesem Falle den Willen des federführenden Ministeriums, des Reichsfinanzministeriums, dar. (Sehr richtig! rechts. — Abg. Edel: Das wird bestritten! — Abg. Reu: Ist er denn schon im Kabinett beraten?) Selbstverständlich, das muß ich doch annehmen, Herr Kollege Reu, wenn der Reichsfinanzminister einen Entwurf zu dem eigenen macht, daß er ihn vorher im Kabinett beraten hat, oder aber mindestens, daß er sich selbst hinter den Entwurf stellt. (Widerspruch b. d. Soz. — Abg. Edel: Das ist bloß Demagogie!) Ja, meine Damen und Herren, das mag unangenehm sein, aber ich bitte Sie, schließen Sie durch dauernde Zwischenrufe eine sachliche Erörterung der Dinge nicht aus.

In dem § 17 des jetzigen Gebäudeentwertungsteuergesetzes ist nicht mehr von einem Rechtsanspruch die Rede, wie in dem § 4 des sächsischen Mietzinssteuergesetzes, sondern dort wird die Befreiung in das Ermessen der Fürsorgeverbände gestellt. Das ist eine Bestimmung, die zweifellos gegenüber der bisherigen sächsischen Regelung schlechter ist, die aber der Auffassung des Reichsfinanzministeriums entspricht. (Abg. Edel: Das ist noch nicht Geleg!) Damit ist ja nur das erhärtet, was ich eingangs sagte, daß durch eine Erweiterung der Befreiungsbefreiungen der ganze § 4 unseres jetzt geltenden Gesetzes in Gefahr stand, und da glaubte die Regierung, daß sie im Interesse dieser Minderbemittelten lieber einem weitergehenden Antrage entgegengetreten soll, anstatt daß den Minderbemittelten dieses Recht überhaupt genommen wird. Also gerade das Gegenteil von dem, was hier der Regierung unterstellt wird, sind die Beweggründe der Regierung gewesen.

Abg. Renner (Komm.): Ich möchte nur zu dem Minderheitsantrag Ziff. 2 sprechen, den wir eingebracht haben, der aber von der Mehrheit abgelehnt worden ist. Bis jetzt liegen die Dinge so, daß bei der Festsetzung der Mietzinssteuer nicht nur das Einkommen des Mietrauminhabers herangezogen wird, sondern auch der übrigen Mitbewohner. Ist die Erwerbslosenunterstützungsbüro Veranlassung, daß sich die Verpflichtung zur Zahlung der Mietzinssteuer ergibt. Hier zeigt sich eine der sozialen Härten, die im Gesetz vorhanden sind, die auch durch den Härteparagrafen nicht aus der Welt geschafft werden. Deshalb haben wir unseren Antrag gestellt.

Abg. Enterlein (Wirtschp.): Wir lehnen den Antrag der SPD. Nr. 703 ab. Wir sind auch der Meinung, daß die jetzige Fassung des § 4 des sächsischen Mietzinssteuergesetzes, wonach das Einkommen aller den Hausstand des Wohnungsinhabers teilenden Personen bei Berechnung des Einkommens zusammenzurechnen wird, richtig ist, denn diese mitverdienenden Familienangehörigen sind doch die Mitnutznießer der Wohnung (Sehr wahr rechts!), und sie müßten, wenn sie nicht diese Wohnung mit benutzten, sich anderweit eine Wohnung mieten und bezahlen. Da ist Herrn Abg. Renner ein kleiner logischer Fehler unterlaufen. Wir sind ferner der Meinung, daß für die Berechnung des Einkommens dieselben Grundsätze gelten müssen wie bei der Einkommensteuerbelastung: was dort als einkommensteuerpflichtig betrachtet wird, muß auch hier bei der Zusammenrechnung des Einkommens in Anrechnung gebracht werden. Wir stimmen aber dem Antrage unter Nr. 866, 3 zu. Wir erhoffen, daß nicht nur keine Verschlechterung des jetzt bestehenden Zustandes eintritt, sondern daß sogar noch eine Besserung eintritt (Zuruf b. d. Soz.: In Ihrem Sinne!), und da wird ja der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Dr. Hüfner Gelegenheit haben (Abg. Hentschel: Sehr gut!), sein Interesse für gewisse Schichten der Bevölkerung zu beweisen, zu denen wir allerdings auch den gewerblichen Mittelstand rechnen. (Abg. Müller-Planig: Wie Weber in Sachsen!)

Wenn jetzt Härten aufgetreten sind, so ist durch § 30 die Möglichkeit des Härteausgleichs gegeben. (Abg. Hentschel: Sehr richtig!) Ich nehme an, daß Herr Kollege Rebrig jene Verordnung des Finanzministeriums bekannt ist, die ausdrücklich solche Steigerungen des Lohnes für eine Höherziehung der Mietzinssteuer nicht in Betracht gezogen wissen will.

Nun komme ich zu unserem Antrag Nr. 53 in seiner abgeänderten Fassung. Wenn einmal dem § 4 des sächsischen Mietzinssteuergesetzes ein sozialer Gedanke innewohnt, so ist absolut nicht einzusehen, warum sich die Verwirklichung dieses sozialen Gedankens nur auf die Inhaber von Wohnungen beziehen soll und nicht auch auf die Inhaber gewerblicher Räume, soweit sie nur ein geringes Einkommen haben, ausgedehnt werden soll. (Abg. Dr. Wilhelm: Sehr richtig!) Herr Kollege Rebrig hat da nicht recht, wenn er meint, diesen Gewerbetreibenden wäre schon damit gedient, daß sie die Höhe der Miete einschließlich der Mietzinssteuer von dem Einkommen abziehen können. Abziehen kann das wirksam nur derjenige, der überhaupt über Einkommen verfügt, das der Einkommensteuerpflicht unterliegt. Der Sinn unseres Antrages ist aber doch gerade, den Armen des gewerblichen Mittelstandes, die nämlich nicht einmal ein Einkommen haben, das den steuerfreien Teil übersteigt, hier auch für ihre gewerblichen Räume eine Erleichterung zu bringen, die man dem Wohnungsinhaber einräumt. Und es wird sich ja hier zeigen, ob gerade für diese Armen des gewerblichen Mittelstandes die Parteien dieses Hauses und auch die linken Parteien etwas übrig haben, die sonst gegenüber den Armen der Armen von Wohlwollen übertrieben. (Bravo! rechts.)

(Fortsetzung in der nächsten Beilage.)